ZUR BUNDESTAGSWAHL: Am Tag vor der Bundestagswahl und am Tag der Bundestagswahl, also am 21. und am 22. September 2002, werden zwei Panzer auf den Straßen Berlins zu sehen sein. Ihnen folgen eine Reihe von LKWs, die in den letzten beiden Wochen vor den Bundestagswahlen in mehreren Städten unterwegs waren. Jeweils zu dritt, und der erste der Trios trägt ebenfalls das Motto: **ARBEITER erkenne DEINE Macht**. Der zweite führt den Satz fort mit: **und bestehe auf** • Abzug aller deutschen Soldaten aus dem Ausland • 35-Stunden-Woche per Gesetz [bei vollem Lohnausgleich] • Aufhebung aller Verschlechterungen bei der Erwerbslosenstütze seit 1982 • kostenloses staatliches Gesundheitswesen • Rente mit 60 ohne Abschläge • obligatorische Staatsbürgerschaft für alle, die hier leben; Abschaffung der deutschen Blutsstaatsbürgerschaft. Der dritte Wagen beendet das Ganze mit: **und hilf doch nicht dem Stoiber siegen**. Sondern wähl SPD (im Westen) und PDS (im Osten) und organisiere Dich bei den Kommunisten.
Die Route der Panzer und der ihnen folgenden LKWs in Berlin wird sein: **21. September: 15 Uhr** Frankfurter Tor · Karl-Marx-Allee · **16 Uhr** Alex · Münzstraße · Alte Schönhauser Straße · Spandauer Straße · Unter den Linden · **18 Uhr** Brandenburger Tor · **22. September: 11 Uhr** Brandenburger Tor · Unter den Linden · Friedrichstraße · Leipziger Straße · Ebertstraße · Straße des 17. Juni · Siegessäule · **12 Uhr** Tauentzienstraße · Kurfürstendamm · Tauentzienstraße · Siegessäule · Straße des 17. Juni · gegen **17.30 Uhr** Reichstag gegen **19 Uhr** Brandenburger Tor

Wer kämpft – hat die Wahl

Die Arbeiter hätten sich die Wahl leichter machen können, hätten sie nur die Macht erkannt, die sie haben. Diese Macht ist gewaltig. Die Proletarier schaffen allen Reichtum. Ohne sie ist das billionenschwer aufgehäufte Kapital nichts als ein Haufen Schrott oder wertloses Papier.

1998 haben diese mächtigen Arbeiter Schröder einen Blankoscheck ausgeschrieben. Die Sozialdemokratie hat ihn eingelöst, aufs Konto der Monopole. Gewerkschaftsführer, zu allem bereit, wenn ihnen nur gründlich genug erklärt wird, der Kapitalismus funktioniere nicht mehr, wenn sie nicht hier und jetzt mit dem Kopf nicken, haben ihn zur Bank gebracht. Der Scheck wäre gesperrt gewesen, hätten die Arbeiter gegen den Krieg gestreikt, wären sie gegen die Plünderung der Rentenkassen auf die Straße gegangen, hätten sie das Volk angeführt gegen Staatsbürgerschaftsgesetze, die der internationalen Solidarität der Völker ins Gesicht schlagen und gegen die Zerstörung demokratischer Rechte nach dem 11. September 2001.

Das hätte noch nicht viel mehr geheißen als: Mit uns kann man nicht alles machen. Aber die Wahl sähe anders aus dann. Eine Arbeiterregierung steht nicht zur Wahl. Aber die erprobte und demonstrierte Macht der Arbeiter hätte den Kapitalisten einen Schuß vor den Bug gesetzt, daß sie es sind – und nicht die Arbeiter –, die weiter die SPD benötigen; um ihren Einfluß auf die noch nicht im Kampf stehenden Arbeiter nicht zu verlieren. Einen Edmund Stoiber könnte die große Bourgeoisie dann nicht präsentieren, den Verfasser von Strategiepapieren zur Zerschlagung der Gewerkschaften, einen Organisator der rechten Sammlungsbewegung nicht nur im Lande, sondern in ganz Europa.

Wie oft sollen wir noch vor solch verfluchter Wahl stehen? Der Wahl, noch einmal der Sozialdemokratie in die Regierung zu helfen, die jahrelang auf unsere Kosten das Großkapital bedient hat; oder zuzulassen, daß jemand wie Stoiber leichten Kaufes siegt; daß der Kandidat einer bürgerlichen Reaktion siegt, dem nicht schnell genug, nicht gründlich genug, nicht volksfeindlich genug getan wurde, wozu auch die Schröder-Partei durchaus fähig ist, *weil und solange die Arbeiter stillhalten*.

Der Preis eines Kabinetts Stoiber für unsere Klasse wäre hoch. Auch von diesem Preis handelt diese Flugschrift. So hilf- und machtlos, so demoralisiert und resigniert, daß uns der Ausgang der Wahl egal ist und wir gerade damit dem Stoiber siegen helfen, so hätten sie uns gerne. Es hieße: Mit uns kann man *doch* alles machen. Wir geben, hieße das, unsere Macht von vornherein preis.

Über Vertanes und Versäumtes braucht man nicht zu jammern. Man kann es ändern. Die Arbeiter, diese mächtige Klasse, müssen Macht gebrauchen und Macht gewinnen, selbst für die allerunmittelbarsten Forderungen. Sonst bekommen sie nichts außer ständig zunehmender Verelendung und den fortgesetzten Weg in den Krieg. Dieser Kampf, den zu führen oder zu lassen wir uns nicht wirklich aussuchen können, wird freilich nicht sein Ende haben am Abend des 22. September.

Worüber schweigt die CSU?

Daran hat noch keine bundesdeutsche Regierung einen Zweifel gelassen: daß Deutschland wieder zum alleinigen Herren in Europa werden soll. Für die Erkenntnis, daß dabei keine weinerlichen Rücksichten auf das eigene Volk genommen werden dürfen, daß man eben dieses Volk zur Weltherrschaft notfalls zwingen wird, weil es das Kanonenfutter dafür wird stellen müssen, daß man sich zur höheren Ehre Großdeutschlands mit allem reaktionären Gesocks in Europa wird verbinden, ja daß man dieses Gesocks unter deutscher Führung wird organisieren müssen – dafür steht die CSU. ›Bei allem Respekt vor den Freunden in der CDU – wir sind die Härteren und die Entschlosseneren‹, hatte Franz Josef Strauß gesagt. Die Härteren und die Entschlosseneren stellen den Kanzlerkandidaten des konservativen Lagers.

»La Repubblica«, Rom, 3.3.2002:

»Wenn Stoiber zum deutschen Bundeskanzler gewählt würde, hätte dies unmittelbare Konsequenzen für das Haus Europa. Der Schulterschluß der ›Heimatländer‹ hätte in Deutschland einen festen Bezugspunkt. Die Achse Berlin-Paris wäre mit einem Schlag geschwächt. Das Match um die EU-Osterweiterung läge ganz in den Händen der Rechten: Berlin, Wien und Rom.«

Die CSU ist nicht nur eine »Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands« (wieder: Franz Josef Strauß). Zu Zeiten, da der deutsche Chauvinismus nach der Weltherrschaft greift, organisiert sie die Sammlungsbewegung der Völkischen in ganz Europa. »Die CSU«, hat Stoiber schon 1979 formuliert, »ist eine regional begrenzte Partei, doch denkt sie schon immer in die Weltpolitik hinein.« Zum Schaden der Völker beläßt sie es nicht beim Denken.

Die CSU-Führung weiß selbstredend, daß die deutsche Landnahme in Osteuropa nicht dadurch sich vollzieht, daß irgendwelche Leutchen mit einem Vater oder Großvater aus henleinfaschistischen Kampfzeiten ihr Höfchen oder Gütlein wiederkriegen. Sie weiß, daß das ganz anders geht, nämlich unter anderem durch eine Aufweichung osteuropäischer Grenzen, die schon heute dazu geführt hat, daß so mancher ostbayerische CSU-Landrat mehr Einfluß auf Politik wie Wirtschaft in Böhmen und Mähren hat als die Regierung in Prag. Aber sie weiß auch, wo ihre Schwungmasse ist, und daß die z. B. aus jenen bayerischen Großbauern besteht, die sich – zusammen mit österreichischen – bis jetzt schon an die 120 000 Hektar Land allein in Westungarn ergaunert haben. Und sie weiß auch, daß man Hilfstruppen braucht und mit ihnen nicht zimperlich sein darf. Den »vierten Stamm Bayerns«, die Sudetendeutschen, hat sie als die fünfte Kolonne in der Tschechischen Republik hergerichtet. Die CSU besetzt dort die Führung. Der bayerische Landtagspräsident, Johann Böhm, CSU, ist hoher Vertriebenenfunktionär. Der CSU-Europaparlamentarier Posselt ist Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft und nebenbei Präsident der Paneuropa-Union Deutschland – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Der Arbeiter hierzulande mag das für jene große Politik halten, um die er sich, mit dem Überleben, mit Lohn und Erwerbslosigkeit beschäftigt, nicht auch noch kümmern kann. Diese Politik wird sich um ihn kümmern, wenn er sich wiederfindet als Okkupant, die Eroberungen in Osteuropa abzusichern, oder nach seiner ganz persönlichen Landnahme in einem 2 Kubikmeter großen Loch im Krieg, von dem in den Zeitungen der tschechischen Republik bereits gesprochen wird; nämlich davon, daß ein Erfolg der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Kampf gegen die Nachkriegsordnung von 1945 »in einem Krieg enden würde«.

Das Europa der Vaterländischen

Gegen das »Europa der Vaterländer« (Charles de Gaulle) setzt die CSU das Europa der Vaterländischen. Das Prinzip dieser »Achse des Bösen in Europa«, wie der tschechische Politiker Bednar das Bündnis der Rechten aus München, Wien und Budapest nannte, ist das der CSU. Wir sind keine faschistische Partei, wir organisieren nicht nur Faschisten – aber rechts von uns darf es nichts mehr geben, und die Faschisten haben gefälligst auf CSU-Ticket in den Staatsapparat zu reisen. Manchmal sieht das aus wie Kampf gegen rechts. Es ist nichts weniger als das, wenn Beckstein als erster nach dem Verbot der NPD ruft. Das ist nicht nur Konkurrenz; es ist die Durchsetzung des Prinzips der faschistischen Sammlungsbewegung unter Zuhilfenahme des Bundesverfassungsgerichts.

So ist es auch nicht Abgrenzung, wenn Edmund Stoiber bei seinem Staatsbesuch in Österreich sich weigert, Jörg Haider zu treffen: »Wir suchen keinen Kontakt zur FPÖ. Wir reden mit langjährigen Freunden.« Der österreichische Kanzler Schüssel hat sich große Verdienste um die deutsche Ostexpansion erworben, als er die Aufhebung der tschechischen Nachkriegsordnung (Benes-Dekrete) als Voraussetzung für einen EU-Beitritt der Tschechischen Republik formulierte. Dafür hat er auch den Karlspreis der »Vertriebenen« bekommen. Was er jetzt noch lernen muß ist, daß er gefälligst die faschistische Bewegung ins Parteiboot der Österreichischen Volkspartei zu holen hat. »Mein Vorwurf an die ÖVP ist: Man muß die demokratische Rechte, die Haider zugelaufen ist, wieder zurückholen.« (Edmund Stoiber) Man nennt die Parteien Europas, die mit chauvinistischen, rassistischen und arbeiterfeindlichen Parolen in Italien, Dänemark, Österreich, Ungarn, den Niederlanden etc. etc. an die Macht drängen oder daran schon beteiligt sind, »populistisch«. Das ist eine Verharmlosung. Was sie sind oder unter tatkräftiger Mithilfe der CSU und ihrer Hanns-Seidel-Stiftung werden sollen, sind Sammlungsbewegungen nach dem Bild und Gleichnis der CSU. Die stört sich nämlich nicht im mindesten daran, wenn der ungarische Faschist Czurka Stoiber den »Vertreter der uns am nächsten stehenden politischen Richtung« nennt, Berlusconi ihn eine »echte Füh-

rungspersönlichkeit« heißt oder Jörg Haider in den Reihen der CSU selbst als »Hoffnungsträger« beschrieben wird, den man sich »in der CSU vorstellen« könne (der ehemalige bayerische Ministerpräsident Max Streibl).

Wenn die österreichischen Arbeiter – und wir nehmen Österreich nur als Beispiel – nun wieder jene beiden Strömungen in der Regierung haben, die schon einmal Österreichs Verhängnis wurden, die Strömung des offenen Anschlusses an Deutschland unter Schüssel und die des österreichtümelnden Chauvinismus, zu der Jörg Haider sich bekehrt hat, so werden sie damit fertigzuwerden wissen. Die deutschen Arbeiter aber haben 1938 Gründe, gegen eine Partei zu kämpfen, die eben diese innerösterreichischen Reaktions- und Fraktionskämpfe nützt, die Alpenrepublik sturmreif zu schießen, um vielleicht eines Tages die längst erfolgte wirtschaftliche Unterwerfung mit der Heimholung als Ostmark zu krönen.

Den europäischen Marsch nach rechts hält nur die selbständige politische Organisierung der Arbeiterklassen Europas auf. Die Wahlen tun es nicht. Nach jeder Rechtswahl in Europa zahlen die Arbeiter und das Volk die Zeche. Kaum hatte die Wahlenthaltung der Arbeiter Frankreichs den rechten Block zur Macht gebracht, wurden die Mittel für den Gewaltenapparat um 9 Milliarden Euro aufgestockt. Die klare Anweisung Innenminister Sarkozys an die Polizei: »Schlagt nach allen Seiten los!« In Berlusconi-Italien werden dem ganzen Volk die Fingerabdrücke abgenommen – für die Reaktionäre ist eben das ganze Volk ein Verbrecher. Im Spanien von Aznar, dem Träger des Franz-Josef-Strauß-Preises der CSU, ist das schon Tatsache. Das Arbeitslosengeld hat der Preisträger faktisch abgeschafft. Die dänische Regierung, in der die rechte Sammlungsbewegung beteiligt ist, sieht sich europaweiten Protesten gegen ihre chauvinistische Ausländerpolitik gegenüber.

Was Wunder, wenn die SPD hierzulande sich so arbeiter- und volksfeindlich gar nicht geben kann, daß der spiritus rector der europäischen Rechten nicht eins draufzusetzen wüßte. Schily erfand nach dem 11. September 2001 den Notstand als den Normalzustand der Republik – die CSU fordert die Ausweisung von Ausländern auf Verdacht, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Anlage eines Religionsregisters für ausländische Bürger; damit hatte man schon bei der Endlösung der Judenfrage die besten Erfahrungen gemacht. Schröder brauchte seinen »deutschen Weg« in der Außenpolitik gar nicht zu erfinden. Er konnte ihn direkt aus den Beschlüssen der CSU entnehmen, in denen schon lange das »eigenständige nationale Interesse in der Terrorismusbekämpfung« gegen die Unterordnung unter die USA verankert steht.

Und darüber schweigt die CDU/CSU unter Führung Stoibers nun allerdings schon lange nicht mehr: daß die »Härteren und Entschlosseneren« mit dem Pfund zu wuchern verstehen, das sie, anders als die Sozialdemokratie, haben: nämlich von vornherein und kategorisch auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften keine Rücksicht nehmen zu müssen. Wer am 22. September zu Hause bleibt, kann jetzt schon nachlesen, was er – nicht nach mühevollen Verhandlungen in irgendwelchen »Bündnissen für Arbeit«, sondern stante pede am 23. September – bekommen soll, nämlich exakt, was der Bundesverband der deutschen Industrie in Auftrag gibt: die Abschaffung des Flächentarifs (»Die alleinige tarifpolitische Verantwortung der tarifpolitischen Koalitionen ist nicht mehr zu rechtfertigen« – gemeinsamer Antrag von CDU/CSU im Parlament, Januar 2002), 170 Milliarden für die Reichen, eine sofortige 10prozentige Aufstockung des Kriegshaushalts, die Bundeswehr gegen streikende Arbeiter und den organisierten Krieg gegen die Gewerkschaften, um nur die »Eckpunkte« zu nennen. Man tröste sich nicht mit der SPD mit deren Berechnung, derlei Grausamkeiten seien nicht zu finanzieren. Sie werden finanziert werden, solange der Arbeiter noch ein zweites Paar Hosen oder Schuhe im Schrank hat!

Was noch fehlt, wird die FDP mitbringen in die Ehe einer Koalition. Diese Partei kauft mit, wer Stoiber siegen hilft. Eine Partei, die nach 1945 als Sammelbecken alter Nazis gegründet wurde und ihre ersten Parteitage noch unter den kaiserlich-deutschnationalen Farben schwarz-weiß-rot abhielt, eine Partei, in der also damals der Antisemitismus zur Eintrittserklärung gehörte, in dieser Partei irrlichtert der Antisemit Möllemann eben nicht als Abweichler. Die FDP hat, was er denkt, nur hintangestellt, als damit bei Wahlen kein Stich zu machen war. Jetzt, in Zeiten von Vorkrieg und Krieg, da dem reaktionären Kleinbürger wieder der alte Feind geboten werden soll, das »jüdische Wallstreetkapital«, da drängt wieder heraus, was nie vernichtet wurde.

Die Berliner Republik würde ins Schwarzbraune wechseln mit einem Wahlsieg Edmund Stoibers, und, wie die belgische Zeitung »De Standaard« feststellt, mehr als das: »Der Kreis wäre geschlossen, und Europa sähe ganz anders aus als noch vor ein paar Jahren.«

CSU-Wirtschaftskompentenz
oder
Vom hohen Preis der Arbeit in Bayern

Ein Zehntel des Volks außer Arbeit und Brot gesetzt, die Aussicht, die Rentenansprüche in den Staubwolken zusammenkrachender Spekulationsmärkte verschwinden zu sehen, ein öffentliches Gesundheitswesen, dessen zweitgrößter Finanzier inzwischen die Geldbörse des Arbeiterhaushalts ist, ein dem Kollaps entgegenrationalisiertes Transportwesen, die Verdreifachung der Rattenpopulation in der zerfallenden Kanalisation der Städte – Alltag einer untergehenden Wirtschaftsweise. Diese alltägliche Welt sieht genauso aus, wie das große Geld sie sich hergerichtet hat. Und daran sollen Wahlkreuze etwas ändern? Und dennoch überlegen Millionen, ob ihr Leben nicht ein bißchen besser sein könnte, würden nur ein bißchen kompetentere Leute an die Regierung kommen.

Diese Kompetenz reklamiert die CSU für sich.

Der bayerische oder thüringische Arbeiter wenigstens müßte darüber freilich ins Grübeln kommen, denn von solcher Kompetenz liest er jeden Tag in der Zeitung. Nicht nur, daß die Führungsspitze der CSU, wie gezeigt werden wird, aus notorischen Pleitiers besteht, die Wirtschaft allenfalls unter dem Gesichtspunkt eines kleinbürgerlichen Spekulanten anzusehen in der Lage sind. Mit der Aufnahme von Lothar Späth ins »Kompetenzteam« hat nun die CSU auch ganz deutlich gemacht, was »Sanierung der Wirtschaft« für sie bedeutet. Herr Späth hat nämlich in Jena nur zwei Dinge getan: 3,6 Milliarden Mark Steuergelder auf den Kopf gehauen und 88 900 von 90 000 Arbeitern entlassen. Genauso wird sie aussehen, die Sanierung der CSU.

Daß ein Spekulant wie Leo Kirch mit einem Schuldenberg von sechs Milliarden Euro einen der größten Bankrotte der Bundesrepublik hinlegt, dafür kann keine Regierung im Kapitalismus etwas. So sieht der Reichtum aus in einer Welt, in der wegen der Armut des Volkes wie der Völker nicht mehr in Produktion investiert wird. Daß Herr Kirch dabei 1,9 Milliarden Euro Gelder aus den Taschen der bayerischen Werktätigen, Steuergelder nämlich, mitnimmt, das freilich ist das Verdienst der CSU. Die Preller haben Namen, Anschrift und Gesicht. Im Aufsichtsgremium der staatlichen Bayerischen Landesbank, die Kirch noch Geld lieh, als alle anderen Banken längst auf Tauchstation waren, sitzt eine ganze Horde CSU-Ministerialdirigenten und Staatssekretäre, und neben ihnen thront das halbe Kabinett Stoiber, darunter der Innen-, der Wirtschafts- und Finanzminister.

»Der Freitag«, 18.2.2000:

»Und nun fällt auf Stoibers österreichische Aktivitäten ein schärferes Licht. Erstens: Was er und überhaupt die deutschen Konservativen zum Fall Österreich beitragen, mag zuerst unerheblich – weil europaweit isoliert – erscheinen, aber der Schein trügt. Es kann sich um den ersten Stoßtrupp handeln, dem später – wieder einmal unter deutscher Führung – der ganze europäische Konservativismus folgt. Dann hätten Haiders Schwesterparteien gut lachen. Zweitens: Gerade die deutschen Konservativen streiten auch untereinander um den künftigen Weg, und Stoiber bezieht Position.«

Daß sich das deutsche Finanzkapital mit der HypoVereinsbank eine der größten und beim deutschen Ostlandritt aggressivsten Banken zusammenschob, konnte die bayerische Staatsregierung samt CSU weder befördern noch verhindern. Aber daß mit Billigung des CSU-Finanzministers und unter hartem persönlichen Einsatz von Edmund Stoiber den Milliardären dabei einige Milliarden an Steuern geschenkt wurden, das war die Wirtschaftskompetenz der CSU.

Daß sich die »blühenden Landschaften« in der DDR als die dreckige Lüge herausstellten, die sie von Anfang an waren, wollen wir nicht Edmund Stoiber anheften – Annexionen sind nun mal nicht für das Volk gemacht. Aber daß die ebenfalls staatliche Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft unter persönlicher Führung von Stoiber sich den vom schnellen Reibach delirierenden Zahnärzten und Metzgermeistern anschloß und 500 Millionen Mark an Steuergeldern verspekulierte, das war die Wirtschaftskompetenz des Edmund Stoiber. (Der Finanzminister hatte ausnahmsweise einmal davor gewarnt.)

Daß besagte Bayerische Landesbank in Südostasien 1,5 Milliarden verspekulierte und sich in Kroatien um 100 Millionen Euro schlicht betrügen ließ, erwähnen wir nur, um ein Bild zu vervollständigen, das so aussieht: in auch nur halbwegs zivilisierten bürgerlichen Ländern zerrte man diese CSU-Riege voll Korruption und Ignoranz wegen Hinterziehung oder Beihilfe zum betrügerischen Bankrott vor die Gerichte. Hierzulande sind sie Kanzlerkandidaten, sitzen im Kompetenzteam oder in der Landesregierung.

Daß das von Stoiber vielgerühmte bayerische Wirtschaftswunder nur in der Gegend von München stattfindet, während insbesondere Nordbayern als Industriebrache in Armut verkommt – auch das lasten wir nicht der CSU oder der bayerischen Staatsregierung an. Das ist Kapitalismus, das ist Imperialismus, das ist der davon untrennbare Ruin der kleinen Produzenten gegen die großen. (Und überhaupt hat die Krise längst München erreicht: in den letzten Monaten stieg dort die Erwerbslosigkeit pro Monat um über 30 Prozent.)

Was aber der Arbeiter von der bayerischen Industrie wissen muß ist: daß sie zum großen Teil das Geschäft mit dem Tod, daß sie Rüstungsproduktion ist. Als große Monopole aus Furcht vor der Roten Armee der Arbeiter 1945 aus Berlin nach München flohen (wie z. B. Siemens), da war das der Anfang der bayerischen Konjunktur. Als ein immer größerer Teil der Rüstungsproduktion nicht mehr aus Stahl und Panzerplatten, sondern aus Kommu-

nikationstechnik und Computertechnologie bestand, als Franz Josef Strauß sich rühmen konnte: »90 Prozent meiner Besucher sind Waffenhändler«, da war das die Fortsetzung. Als die Führung im Waffengeschäft endgültig überging an die großen Mischkonzerne im Flugzeugbau, im Fahrzeugbau, in der Chip- und Computerfertigung, als diese Agenturen des Völkermords wie die DaimlerChrysler-Tochter DASA und ihre Dachgesellschaften wie EADS endgültig nach München übersiedelten – da war Stoibers unsäglicher Spruch von »Laptop und Lederhosen« geboren. Panzer, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffelektronik und Lenkwaffen, das ist die Produktion, in der der bayerische Arbeiter noch ein bißchen eher Arbeit findet als sein Kollege in Niedersachsen oder Bremen.

Das sind die Rüstungskapitalisten, mit denen der Kanzlerkandidat verbunden und verbandelt ist. Sie stellten die Flugzeuge für die Urlaubsreisen der CSU-Spitze, bis der Skandal aufflog. (Daß dabei manchmal kleinkariert-groteske Züge zutage treten, haftet Sammlungsbewegungen des reaktionären Kleinbürgertums an: wenn etwa die CSU akribisch dafür sorgte, daß Stoibers Schwester als Sekretärin in der Spendenabteilung des Rüstungskonzerns MBB unterkam.) Es geht aber um mehr, um Milliarden mehr. Der Korruptionsfall des Rüstungslobbyisten Schreiber ist ein bayerischer Korruptionsfall, ein Fall der CSU. Und es geht um noch mehr. Als die Staatsregierung Anfang der 90er Jahre ihre Industriebeteiligungen verkaufte, da floß das Geld (wir reden von 8 Milliarden Mark) eben nicht in Kindergärten, Nahverkehr, Schulen oder Krankenhäuser. Es floß in den Aufbau der Siemens-Chip-Produktion. Es floß in Rüstungszentren wie Manching. Es floß in den Reaktor Garching II, mit dem der deutsche Imperialismus nun endlich waffenfähiges Plutonium produzieren kann.

In der Geschichte unserer Klasse gibt es immer wieder den Fall, wo die Arbeiter gegen ihre scheinbar unmittelbaren Interessen handeln müssen, wollen sie ihr Leben behalten. Es wäre besser gewesen, deutsche Arbeiter hätten – Arbeit um jeden Preis – weder Hitlers Rollbahnen gegen Osten noch Schlachtschiffe noch Panzer gebaut. Einen Kanzler, dessen einzige Wirtschaftskompetenz im Geschäft mit dem Tod besteht und darin, es zu erleichtern, müssen sie bekämpfen.

Vier Jahre Arbeiterverrat

Schlaglichter zur Bilanz einer SPD-Regierung

Da hat kein SPD-Führer gelogen im September 1998. Eine andere Politik haben sie versprochen. Sie haben nicht dazu gesagt: für wen. Die Arbeiter haben nicht nachgefragt. Verlangt haben sie auch nichts. Daß es nach 16 Jahren Kohl nur besser werden konnte, davon sind sie ausgegangen.

Falsch gedacht. Daß ohne die selbständige Aktion der organisierten Arbeiterschaft nichts besser wird in diesem Land, das haben vier Jahre Schröder nun weiß Gott bewiesen.

Der Auftrag des großen Kapitals an Schröder war: Die Arbeiterbewegung so zuzurichten, daß sie mit den Köpfen ihrer Gewerkschaftsführung noch abnickte, was unter Kohl einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätte. Und billig sollte es sein: mehr als ein leckeres Abendessen für die Crème de la crème der bundesdeutschen Gewerkschaften etwa durfte ein »Jahrhundertwerk« wie die Zerschlagung der Rentenversicherung nicht kosten.

Die Regierung hat wahrlich nichts ausgelassen, dem Auftrag nachzukommen.

Statt die Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse des Volks in die einzige noch einigermaßen sichere Form zu gießen, nämlich in die Form von Gesetzen, hat die Schröderregierung nicht nur nicht die Kohlschen Verschlechterungen zurückgenommen; sie hat sie allenfalls ausgesetzt, und auch da nur ein paar davon. Sondern: die Regierung hat dem Volk genommen, aus den Sozialkassen, was sie ziemlich auf die Mark genau den Kapitalisten gegeben hat, in der Unternehmenssteuerreform.

Unter Kohl zahlte das große Geld fast keine Steuern. Die rotgrüne Regierung hat nicht nur die Einkommenssteuer gesenkt und die Gewinnsteuern halbiert. Sie zahlt den Monopolisten Geld zurück. (3,6 Milliarden Euro waren es allein in Bayern im Jahr 2001). Sie nehmen und nehmen – die Arbeiter bezahlen inzwischen 80 Prozent des Staatsapparats, der Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und des Nahverkehrs; sie geben der neuen Angriffsarmee, der Polizei, den Banken Milliarden an Steuern und sie strafversetzen jeden Finanzbeamten, der da der Ansicht ist, Steuerhinterziehung sei ein Straftatbestand.

Es ist eine traurige Bilanz dieser sozialdemokratischen Regierung, daß der Platz einer Flugschrift nicht ausreicht, all die sozialen Grausamkeiten aufzuzählen, die sie am »kleinen Mann« begangen hat. Es ist nicht nötig. Die Liste liegt in jedem Arbeiterhaushalt aus: in den Spalten der Haushaltsbücher, in den Quittungen für Arzneimittelzuzahlung, in den Rentenbescheiden mit den von zittriger Hand an den Rand gemalten Fragezeichen.

Als ahnte sie, daß sie vom großen Kapital nur als Intermezzo gedacht war, die Bresche zu schlagen, durch die die apokalyptischen Reiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der VW-Konzernleitung unter Führung von Peter Hartz und des Stoiberschen Kompetenzteams umso ungehinderter durchreiten konnten, verweigerte die Regierung jeden Kampf. Dem zog sie im Zweifelsfall die Niederlage vor – dann war die Sache wenigstens erledigt. (Binnen 24 Stunden hätte die Regierungskoalition den nach der Hessenwahl 1999 bejammerten Verlust der Bundesratsmehrheit umdrehen können. Sie hat es nicht getan.) Feigheit vor dem Feind können wir dabei der Regierung nicht vor-

werfen, schließlich hat sie das Monopolkapital nicht eine Sekunde lang als Feind gesehen. Den sieht sie ganz woanders, und darin waren Stoiber und Schröder (»Es gibt kein Recht auf Faulheit in diesem Staat«) sich beim Presse-Streitgespräch einig: der Druck auf Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger muß verstärkt werden. (Letztere verbrauchen zwar gerade mal 0,48 Prozent des sogenannten Bruttoinlandsprodukts, aber damit sind *sie*, nicht die Helden des Rüstungsetats und nicht die Beichtväter der Steuerbetrüger, an aller angeblichen Finanzmisere schuld.)

Noch die letzten Versprechungen der Regierung, der Arbeiterstimme des Juni 1996, der Demonstration der 300 000 in Bonn, Gehör zu schenken, wurden dann Lügen gestraft – vom Krieg. »Kohl geht – der Klassenkampf bleibt – der Krieg nähert sich« stand auf den Plakaten der Kommunisten vor der Bundestagswahl 1998. Die erste Aussage wurde geteilt, die zweite von vielen kritisch hingenommen, die dritte abgestritten. Krieg – doch nicht mit der SPD?! Und doch hat die »moderne Sozialdemokratie«, deren Geburtsurkunde weder das Godesberger Programm noch das Schröder-Blair-Papier ist, sondern die Zustimmung zu den Kriegskrediten des August 1914, auf keinem Gebiet so schnell und gründlich ihre Fähigkeiten demonstriert wie auf dem des Krieges. Genau dazu brauchte es die Sozialdemokratie: den Arbeiter, der von deutschem Boden alles mögliche ausgehen sah, nur keinen Krieg, zum Stillhalten zu bewegen, wenn Großdeutschland einen völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg führte. Die »Enttabuisierung des Militärischen« nennt Schröder das. Er rühmt sich: heute habe Großdeutschland nach den USA die meisten Soldaten rund um die Welt im Kriegseinsatz. Er rühmt sich: 1998 wurden 178 Millionen Euro für solche Kriege ausgegeben, 2002 werden es 1,7 Milliarden sein. Einmal, endlich, ist die Sozialdemokratie der konservativen Konkurrenz voraus. Als Schäuble von der Abschaffung der Parlamentszustimmung zu Kampfeinsätzen auch nur *redete*, hat Schröder diese Zustimmungspflicht *praktisch abgeschafft*, als er sich einen nahezu unbegrenzten Waffeneinsatz auf der halben Welt im »Krieg gegen den Terror« absegnen ließ.

Der Krieg, den ein kurzer Generalstreik hätte verhindern können, brachte endgültig die neue Bundeswehr mit der Verdreifachung der hochgerüsteten Interventionstruppen und einer Aufrüstung, die der SPD nun gar nicht schnell genug geht. (Die neuen Panzer dürfen nicht erst 2008 ausgeliefert werden, verlangt sie, sie müssen bis 2005 her! Was hat man vor?) Der Krieg verjagte einen Finanzminister Lafontaine, der dem Volk wenigstens ein wenig Geld in der Tasche lassen wollte, die Waren zu bezahlen, die die Arbeiter den Kapitalisten jeden Tag schaffen. Seither pfeift die Regierung auf den Binnenmarkt zugunsten des großdeutschen Kampfes darum, eine wirkliche Weltmacht zu werden. Und keine klügelnde Rechnerei gewerkschaftsnaher Ökonomen wird daran etwas ändern. Daran wird nur etwas ändern der demonstrierte und praktisch werdende Wille der Arbeiter und des Volkes, die Truppen zurückzurufen, die angerichteten Schäden den Völkern vor allem des Balkan zu bezahlen und alle weiteren Kriegslasten bis aufs Messer zu bekämpfen.

Diese Sozialdemokratie ist längst keine Partei der Arbeiter mehr. Vier Jahre lang hat sie zum hundertsten Mal bewiesen, daß sie eine Partei der Unternehmer, des Monopolkapitals ist. Dazu hat sie das Pfund verschleudert, mit dem sie allenfalls noch wuchern könnte: die Klassenversöhnung. Dem Arbeiter das Stückchen Brot zu verschaffen, damit er angesichts der Völlerei und Prasserei der Kapitalisten Ruhe gibt – das ist die Chance und die Existenzberechtigung dieser Partei. Selbst für dieses Stückchen Brot, will man es von der SPD-Regierung erhalten, ist die organisierte Kraft der Arbeiter nötig, das haben die letzten Jahre bewiesen. Diese organisierte Kraft haben die Arbeiter gemeint sich sparen zu können. Im Ergebnis: ohne Linie, ohne Souveränität und über jedes Stöckchen springend, das die Monopolbourgeoisie ihr hinhielt, beförderte die deutsche Sozialdemokratie ihren Selbstmord auf Raten. Noch ihre Skandale sind ein Witz, erzählt vom Kapital, das jeden Tag lustvoller demonstriert, daß den Schröders, Strucks und Münterferings allenfalls die Narrenkappe gehört. Wo in Bayern die CSU am Milliarden-Spendentropf der Rüstungsindustrie hängt, muß die SPD sich wegen ein paar Mark für eine Müllverbrennungsanlage durch's Dorf jagen lassen.

Die Narren freilich hören die Schellen an ihrer Kappe nicht läuten. Sie ihnen abzureißen, heißt: den eigenständigen politischen wie wirtschaftlichen Kampf unserer Klasse zu organisieren, heißt, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Das freilich ist der andere, der bessere Weg, der Arbeiterweg, die sozialdemokratische Partei des großen Kapitals überflüssig zu machen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (August 2002) · Druck + Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 80339 München · Internet: http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG